"Radik. Arb'zeitverk.!"

Autor(en): Lips, Christoph

Objekttyp: Article

Zeitschrift: Diskussion: Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik

Band (Jahr): - (1993)

Heft 20: Krise crisi crise : Arbeitslosigkeit

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-584170

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek* ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

«RADIK. ARB'ZEITVERK.!»

Alle Gewerkschaftsgrössen führten bis zum 6. Dezember 1992 nur ein Wort in ihrem Repertoire: EUROPA. Das ist Vergangenheit. Jetzt ist man wieder ganz SCHWEIZ. Kuhhändel, Kleinmut feiern wieder Trumpf. Nicht nur bei Bundesratswahlen. Auch in der Arbeitszeitfrage spielt man in den Stuben des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB) graue Maus. Jede Hoffnung auf «radik. Arb'zeitverk.», wie es die Zürcher Arbeitslosen auf ihren Schildern an der Demo vom 20. Februar

in Bern forderten, wird gründlich zerstört. Egal, ob Ruth Dreifuss, Walter Renschler oder Margrit Meier den SGB an den Medien vertreten ihr Credo: Lohnkürzungen JA, gesetzliche, generelle Arbeitszeitverkürzung NEIN und schon gar keine «radik.». «Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 42 auf 40 Stunden reduziert, und zwar um je eine Stunde in den Jahren 1994 und 1995. Von diesen zwei Wochenstunden (. . .) müssen maximal 1,5 Stunden in Form von Lohneinbussen (erkauft) werden. (...) Bis 1995 plant der Bund eine Stellenreduktion um 11 000 Arbeitsplätze. Infolge dieser Massnahmen müssten dann (nur) noch 4000 abgebaut werden.» Das ist kein Scherz, son-

dern Walter Renschler original über seine unmandatierten Vorstellungen bezüglich Bundespersonalpolitik («Basler Zeitung», 18. Februar 1993). Ruth Dreifuss live: «Eine radikale Arbeitszeitverkürzung ist in einer Wirtschaftskrise nicht verkraftbar. Es muss gleichzeitig auch über Löhne geredet werden. Lösungen müssen Branche für Branche, Betrieb für Betrieb in Verhandlungen erreicht werden.» («Tages-Anzeiger», 9. März 1993).

Statt radik. Arb'zeitverk. - Lohnkürz.?

Der Beitrag Vorschläge Renschlers zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen? Keiner, wie er in seiner obigen Rechnung selber zugibt. Mit ihrer freigebigen Vorleistung für Lohnkürzungen geben sie höchstens das Startsignal für eine weitere Runde von Lohnsenkungen. Als wäre den Bundesangestellten nicht schon in den 80er Jahren der halbjährliche, den Angestellten in der Privatwirtschaft

und in den Kantonen neustens der jährliche Teuerungsausgleich geritzt und gekappt worden.

Rückfall in die Vergangenheit?

Das sind Stimmen aus der Vergangenheit, umgeben von einem Europa, wo's heisst: 40-Stunden-Woche ist zuviel! Der SGB fällt 20 Jahre zurück. Wie dannzumal widersetzt er sich, über die Einzelbetriebe, die Einzelbranchen hinaus eine gesamtgen Bewegung durch. Schlussendlich erkaufte sich der SMUV die 40-Stunden-Woche mit einer Lohneinbusse. Und warum sollte sich das Stimmvolk am Abstimmungstag mutiger zeigen, als es die bezahlten gewerkschaftlichen Spitzenfunktionäre waren?

Jetzt braucht's einen runden Tisch

So bleiben dort, wo nicht geradlinig gekämpft wurde, Niederlagen zurück. So wird mehrheitlich immer noch länger als 40 Stunden pro Woche gearbeitet.

Ist vielleicht deshalb die Forderung nach raschestmöglicher Arbeitszeitverkürzung ohne Lohneinbusse weniger wahr? Kaum. Aber es braucht offenbar einiges mehr Dampf und Zielstrebigkeit. Nicht verzettelt in den Einzelbetrieben und Branchen kann diese Kraft entstehen, dort regiert Ängstlichkeit. Sondern vorab gemeinsam, auf gesamtschweizerischer Ebene. **Dazu** braucht es einen



schweizerische Bewegung für eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung in Gang zu setzen.

Dannzumal brauchte es die 68er Organisationen POCH und RML, welche mit einer Volksinitiative für die 40-Stunden-Wochen den erstarrten SGB wenigstens stockend in Bewegung brachten. Jedoch führte die SGB-Leitung in der Folge alle Kongressbeschlüsse für gesetzliche Arbeitszeitverkürzungs-Vorstösse nur widerwillig durch. Dementsprechend waren die Resultate: Geradezu mutwillig liess sie das Zustandekommen ihrer eigenen Volksinitiative Ende der 70er Jahre scheitern. Anfangs der 80er Jahre startete sie eine weitere 40-Std.-Wochen-Initiative, immer noch gegen den Widerstand des SMUV.

Diese Initiative kam bereits zu spät, um innerhalb der SGB-Verbände eine einigende Dynamik auszulösen. Inzwischen erstreikten die Genfer Kolleglnnen für alle Typo- und LithographInnen in der Schweiz die 40-Stunden-Woche. Die Genfer Öffentlichen setzten sich ebenso mit einer hartnäcki-

Schweizerischen Gewerkschaftsbund gemeinsam mit den christlichen und Angestelltenverbänden. Die Arbeitgeberorganisationen, den Bund und die Kantone müssen an einen runden Wirtschaftskrisentisch bewegt werden, wo wir kraftvoll zubereitet folgendes Menü servieren: RADIK. ARB'ZEIT'VERK. Beilagen: Heranziehung der Arbeitslosenversicherung zu Einarbeitungszuschüssen von neu eingestelltem Personal und für Umschulungen, unverzügliche Einführung der 40-Stunden-Woche bei Bund und allen Kantonen, radik. Einschränk. von Überstd., Senkung des Rentenalters bei AHV und Pensionskassen, Erhebung einer Krisensteuer auf allen Arten von Kapitalausschüttungen, Umsetzung in Dringliche Bundesbeschlüsse. Bestimmt, ein reiches Menü. Es würde von den Gewerkschaftsmitgliedern wahrscheinlich eher gegessen, als das Linsengericht der SpitzenfunktionärInnen. Liebe Bundesrätin Dreifuss, liebe Margrit Meier, lieber Walter Renschler, es wäre Europa näher. Christoph Lips